



BUND DER LANDJUGEND
WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN E. V.

Jugendpolitisches Positionspapier zur Landtagswahl 2026

Jugendpolitik in Baden-Württemberg zukunftsfähig gestalten

Junge Menschen in Baden-Württemberg stehen vor vielfältigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die ihre Gegenwart und Zukunft maßgeblich prägen. Entscheidungen auf Landesebene wirken sich unmittelbar auf ihre Lebensrealitäten aus – sei es in den Bereichen Bildung, Mobilität, Wohnen, Klima oder digitale Teilhabe. Gleichzeitig verfügen Jugendliche und junge Erwachsene zunehmend über formale Mitbestimmungsrechte, nicht zuletzt durch das Wahlrecht ab 16 Jahren bei der Landtagswahl.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach einer stärkeren und nachhaltigeren Einbeziehung junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse an Bedeutung. Junge Menschen möchten nicht nur von Politik betroffen sein, sondern auch aktiv gehört und beteiligt werden. Eine zeitgemäße Jugendpolitik muss daher über punktuelle Beteiligungsformate hinausgehen und verlässliche Strukturen schaffen, die die Perspektiven junger Menschen ernst nehmen und systematisch einbeziehen.

1. Ehrenamt wertschätzen

Ehrenamtliche Arbeit junger Menschen ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft und verdient echte Anerkennung. Wertschätzung darf sich nicht in symbolischen Mini-Rabatten erschöpfen, sondern muss spürbar, sinnstiftend und alltagstauglich sein.

Unsere Positionen:

- Attraktive Benefits für junge Ehrenamtliche, orientiert an erfolgreichen Modellen wie dem Kulturpass: Über eine digitale Plattform sollen Kinder und Jugendliche kostenfreie oder stark vergünstigte Kultur-, Freizeit- und Bildungsangebote nutzen können.
- Anerkennung statt Alibi-Rabatte: Ein Euro Kinorabatt reicht nicht – Ehrenamt verdient echte Teilhabe.
- Ehrenamtskarte/Juleica als D-Ticket JugendBW: Junge Engagierte sollen landesweit mobil sein und kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen können.

2. Mehr Jugendbeteiligung

Junge Menschen müssen stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden – insbesondere dann, wenn diese ihre Lebensrealitäten unmittelbar betreffen. Jugendverbände und Jugendvereine sind zentrale Orte demokratischer Bildung und Interessenvertretung und müssen systematisch in politische Prozesse einbezogen werden.

Unsere Positionen:



- Verbindliche Jugendbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene, insbesondere bei Gesetzen und Vorhaben, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betreffen.
- Stärkere Einbindung von Jugendverbänden und -vereinen als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt.
- Einen geschärften Blick der Politik für Jugendinteressen, damit Beteiligung nicht symbolisch, sondern wirksam erfolgt.

3. Gesellschaftliches Pflichtjahr statt einseitiger Wehrpflicht

Im Zuge des neuen Wehrdienstgesetzes fordern wir die Einführung eines gesellschaftlichen Pflichtjahres als gleichwertige Alternative zum Wehrdienst. Dieses soll jungen Erwachsenen die Möglichkeit geben, sich zu orientieren, Verantwortung zu übernehmen und einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Unsere Positionen:

- Wahlfreiheit ermöglichen: Engagement darf nicht auf den militärischen Bereich beschränkt sein.
- Zivile Einsatzmöglichkeiten stärken, etwa bei Feuerwehr, THW, DRK, DLRG sowie weiteren sozialen, ökologischen und kulturellen Einrichtungen, die dringend auf junge Menschen angewiesen sind.
- Als Orientierungsjahr dienen, in dem junge Erwachsene unterschiedliche Perspektiven kennenlernen können.

Darüber hinaus wünschen wir uns:

- Gleichberechtigung aller Geschlechter bei Wehr- und Pflichtdiensten.
- Verbindliche Beteiligung aller Angeschriebenen, indem alle einen ausgefüllten Rückmeldebogen einreichen müssen – unabhängig von der späteren Entscheidung.

4. Bildung neu denken – praxisnah und kindgerecht:

Das Bildungssystem in Baden-Württemberg muss grundlegend weiterentwickelt werden, um junge Menschen besser auf ihr Leben und ihre berufliche Zukunft vorzubereiten. Schule darf nicht an der Lebensrealität von Schüler*innen vorbeigehen.

Unsere Positionen:

- Praktika verbindlich in den Schulalltag zu integrieren – als eigenes Schulfach. So erhalten Schüler*innen frühzeitig und niedrigschwellig Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder, insbesondere: handwerkliche Berufe, grüne und nachhaltige Berufe, soziale Berufe, technische und mechanische Berufe



- Differenzierte Lernwege ermöglichen: Wir wünschen uns die Rückkehr zu einem klar strukturierten und differenzierten Schulsystem (Gymnasium, Realschule, Hauptschule), in dem unterschiedliche Leistungsniveaus angemessen berücksichtigt werden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Sowohl Lehrkräfte als auch Schüler*innen werden durch zu heterogene Lerngruppen überfordert – zum Nachteil aller Beteiligten. Bildung muss fördern, nicht überfordern.
- Ganztagschule kritisch weiterentwickeln: Das System der Ganztagschule muss neu gedacht werden. Kinder und Jugendliche brauchen neben formaler Bildung auch außerschulische Bildungsräume, etwa in Vereinen, Jugendverbänden, kulturellen Einrichtungen oder der offenen Jugendarbeit. Diese wichtigen Lernorte gehen verloren, wenn Kinder den gesamten Tag in der Schule verbringen.

Zudem stellen sich zentrale Fragen:

- Woher kommt das qualifizierte Fachpersonal, das für einen funktionierenden Ganztag notwendig ist?
- Wie soll Ganztag gelingen, wenn bereits heute ein massiver Fachkräftemangel besteht? Eine Verlagerung der Verantwortung auf Vereine und Verbände lehnen wir ab. Ehrenamtlich Engagierte sind ebenfalls beruflich und privat eingebunden und können fehlende Strukturen nicht kompensieren. Ganztagsangebote brauchen verlässliche Konzepte, ausreichend Personal und professionelle Rahmenbedingungen.

5. Medienkompetenzen stärken

Kinder und Jugendliche müssen im Umgang mit digitalen Medien besser begleitet und unterstützt werden. Soziale Netzwerke, Messenger-Dienste und digitale Plattformen prägen den Alltag junger Menschen – häufig ohne ausreichende Orientierung oder Schutz. In Zeiten von Cybermobbing, TikTok-Trends, Desinformation und Fake News herrscht bei vielen jungen Menschen große Unsicherheit. Deshalb braucht es mehr als punktuelle Projekte.

Unsere Positionen:

- Gezielte Schulungen für pädagogische Fachkräfte, damit sie Kinder und Jugendliche kompetent im medialen Alltag begleiten, unterstützen und beraten können.
- Verlässliche Ansprechpersonen vor Ort, die bei Themen wie Cybermobbing, problematischen Online-Trends, Datenschutz oder digitaler Gewalt helfen.
- Wir wünschen uns die Einführung eines eigenständigen Schulfachs Medienbildung, in dem Kinder und Jugendliche: einen kritischen Umgang mit sozialen Medien erlernen, Desinformation und Fake News erkennen, digitale Verantwortung übernehmen und ihre eigenen Grenzen und Rechte im digitalen Raum kennenlernen.



6. Mobilität sichern

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für Bildung, Ausbildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig werden Führerscheine immer teurer, während der öffentliche Personennahverkehr vielerorts keine echte Alternative darstellt – insbesondere im ländlichen Raum.

Unsere Positionen:

- Einen massiven Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum, damit junge Menschen zuverlässig, flexibel und bezahlbar mobil sein können.
- Bessere Taktungen und verlässliche Verbindungen, auch abends und am Wochenende, um Freizeit, Ehrenamt und Ausbildung zu ermöglichen.
- Jugendgerechte Mobilitätskonzepte, die nicht ausschließlich auf den eigenen Pkw angewiesen sind.

7. Freiwilliges soziales Jahr stärken

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlichen Engagements und der beruflichen Orientierung junger Menschen. Doch die aktuellen Arbeitsbedingungen werden diesem Anspruch häufig nicht gerecht.

Unsere Positionen:

- Eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen im FSJ, orientiert an den konkreten Einsatzstellen und Bedürfnissen der Freiwilligen.
- Bedarfsgerechte Ausgestaltung der Einsatzbereiche: FSJler*innen an Grundschulen haben andere Aufgaben und Anforderungen als FSJler*innen in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen – dem muss Rechnung getragen werden.
- Klare Abgrenzung zu Fachkräften: FSJler*innen dürfen nicht als reguläre Arbeitskräfte eingesetzt werden oder dauerhaft Aufgaben übernehmen, die eigentlich Fachkräften vorbehalten sind.
- Angemessene Vergütung statt Hungerlohn: Wer Vollzeit arbeitet und Verantwortung übernimmt, muss davon leben können. Taschengeld und Leistungen müssen deutlich angehoben werden.
- Ein FSJ darf kein günstiger Ersatz für fehlendes Fachpersonal sein. Es muss ein Lern-, Orientierungs- und Bildungsjahr bleiben, das junge Menschen stärkt statt ausnutzt.

8. Ausbildung fair finanzieren:

Ausbildung muss für alle jungen Menschen zugänglich und gerecht sein. Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob jemand einen Ausbildungsberuf ergreifen kann.

Unsere Positionen:



- Eine angemessene Vergütung für alle Auszubildenden, unabhängig vom Ausbildungsberuf oder Ausbildungsträger.
- Die vollständige Abschaffung von Schulgeld in der beruflichen Ausbildung, insbesondere an privaten Schulen wie in der Physio-, Ergo- und Logopädie.
- Es ist nicht akzeptabel, dass Auszubildende in systemrelevanten Berufen ihre Ausbildung selbst finanzieren müssen, während sie gleichzeitig dringend gebraucht werden. Wer eine Ausbildung macht, arbeitet, lernt und leistet einen gesellschaftlichen Beitrag – und darf dafür nicht auch noch zahlen müssen.

Schlussbemerkung

Junge Menschen in Baden-Württemberg sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – in Ehrenamt, Ausbildung, Bildung und gesellschaftlichem Engagement. Diese Verantwortung kann jedoch nur dann nachhaltig wahrgenommen werden, wenn politische Entscheidungen auf Verlässlichkeit, Beteiligung und fairen Rahmenbedingungen basieren.

Wir erwarten von den Parteien sowie den Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl 2026, dass sie die Anliegen junger Menschen ernst nehmen und sich klar zu einer praxistauglichen, gerechten und zukunftsorientierten Jugendpolitik bekennen. Dieses Positionspapier verstehen wir als Beitrag und Grundlage für den politischen Dialog. Wir sind bereit zum Austausch und zur Mitwirkung – erwarten im Gegenzug jedoch klare Positionen, konkrete Maßnahmen und den Willen, Jugendpolitik gemeinsam mit jungen Menschen zu gestalten, nicht über ihre Köpfe hinweg.

Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern e.V.
Zusammen mit
Engagierten, ehrenamtlichen Landjugendlichen

Bad Waldsee, Februar 2026

Der **Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern e.V. (BdL)** ist ein anerkannter und gemeinnütziger Träger der außerschulischen Jugendbildung und gleichzeitig selbständige Jugendorganisation. Neben der beruflichen, politischen, kulturellen und persönlichkeitsbildenden Förderung und Weiterbildung ist die Interessensvertretung der Jugend und jungen Erwachsenen im ländlichen Raum, sowie Junglandwirtinnen und Junglandwirte eines unserer wesentlichen Ziele. Für über 50 Gruppen (Landjugendgruppen, Agrargesprächskreise junger Leute in der Landwirtschaft, überregionale Kulturprojektgruppen) bietet der Verband seine Dienstleistungen im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit an. Er ist grundsätzlich offen für alle Jugendlichen und setzt sich aus vielerlei Berufsgruppen sowie Schülern, Studenten und Auszubildenden im Alter zwischen 7 und 35 Jahren zusammen.